

Litauen

WIM VAN MEURS

Der ehemalige Premier Rolandas Paksas gründete im Frühjahr 2002 seine Liberal-Demokratische Partei als Abspaltung der Liberalen Union. Nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen am 22. Dezember galt er mit 20% (gegen den amtierenden Adamkus mit 35%) als chancenlos. Dennoch obsiegte er in der Stichwahl am 5. Januar 2003 mit 54%.¹ Bei den Kommunalwahlen am gleichen Dezembertag zeigte sich die Zweiteilung des Landes: Die Sozialdemokraten siegten auf dem Lande, aber die drei Großstädte gingen klar an die Litauische Liberale Union. Paksas verdankte seinen Wahlsieg somit nicht seiner erfolglosen Partei, sondern vor allem seiner Außenseiterrolle im politikverdrossenen Litauen. Eine Dauerkonfrontation zwischen dem wirtschaftsliberalen Präsidenten und seinem sozialistischen Premier (und ehemaligen Präsidenten) Algirdas Brazauskas ist vorhersehbar.

Beitritt zu EU und Nato

Am 16. April 2003 unterschrieb Litauen in Athen den Beitrittsvertrag, nachdem für die letzten Streitfragen (Agrarpolitik und Atomkraftwerk (AKW) Ignalina) wenige Tage vor dem Kopenhagener Gipfel ein Kompromiss gefunden worden war. Ab dem 1. Februar 2002 ist die Litas auf den Euro statt auf den US-Dollar gestützt. Weil die Grenzen Litauens Einfünftel der EU-Ostgrenze ausmachen wird, ist das Land besonders von illegalem Transit betroffen. Obwohl Korruption, organisierte Kriminalität und Schattenwirtschaft ein ernstes Problem darstellen, haben die litauische Antikorruptionsgesetze und -institutionen international Anerkennung gefunden. Litauen tat sich schwer mit den Beschränkungen bei den EU-Agrarsubventionen und Quoten, aber die EU-Unterstützung summiert sich mit den Struktur- und Regionalfonds sowie Kompensation für die Schließung des AKW auf 2 Mrd. Euro oder Eindrittel des Staatshaushaltes. 2009 steht jetzt als Schließungsdatum des zweiten Reaktorblocks in Ignalina fest, aber die Option eines neuen AKW ist offen, weil Litauen zu fast 80% seiner Elektrizitätsversorgung von dem einen AKW abhängig ist.² Eine Umfrage im Dezember 2002 zeigte dennoch 68% Zustimmung und nur 18% Ablehnung für die EU (bzw. 65% und 20% für die Nato).³ Das Referendum am 11. Mai brachte erstaunliche 91% Ja-Stimmen bei 63% Beteiligung.

Die Einladung für die Nato erfolgte beim Prager Gipfel am 21. November 2002. Als symbolische Geste reiste US-Präsident Bush anschließend nach Vilnius. Noch vor der Nato-Mitgliedschaft beteiligte sich Litauen mit Kleinstkontingenten an möglichst vielen internationalen Friedensmissionen.

Wirtschaft, Privatisierung und Handel

Litauen konnte für 2002 noch beeindruckendere Eckdaten vorweisen als die Nachbarn mit einem Wachstum von 5,9% beim BSP, 10% beim Export und 23% bei den Auslandsinvestitionen, während die Inflation unter 1% lag. Die Arbeitslosigkeit war zu Jahresende mit 10,9% noch hoch, aber 3% niedriger als im Vorjahr. Bis 2006 wird ein ähnliches Wachstum prognostiziert.

Nachhaltigkeit und Kohäsion waren Hauptanliegen sowohl beim umfassenden Regionalen Entwicklungsplan, als auch beim im November 2002 unterschriebenen Pakt für den Sozioökonomischen Fortschritt. Um sozialen Disparitäten entgegenzuwirken, war die linke Regierung bereit, für 2003 ein Budgetdefizit von fast 14% in Kauf zu nehmen.

Für die kleine litauische Volkswirtschaft bleibt die rote Zahlen schreibende Mazeikiu Nafta Ölraffinerie eine Schlüsselindustrie. Das Tauziehen zwischen dem amerikanischen Betreiber Williams Int. und den russischen Öllieferanten und potentieller Investoren Yukos und LUKoil ließ den litauischen Staat als Eigentümer weitestgehend außen vor. Seit Sommer 2002 halten beide eine Minderheitsbeteiligung an dem Staatsbetrieb. Dagegen wurden für die letzte staatliche Zemes Ukio Bank und den Gasversorger Lietuvos Dujos strategische Investoren gefunden.

Regionalkooperation und Kaliningrad

Die baltische und nördliche Kooperation intensivierte sich nicht nur in etablierten Institutionen wie dem Ostseerat, sondern auch z.B. im inter-parlamentarischen Forum mit der Rada in Kiew. Zahlreiche, oft eher technische Abkommen zementieren die Kooperation, auch über die künftige Ostgrenze der EU hinweg: z.B. Frachttarifregelungen mit Kaliningrad oder Tourismus mit Belarus.

Litauen wurde von Moskau in der Frage des Transitverkehrs zur Enklave Kaliningrad massiv unter Druck gesetzt. Gemäß dem Schengenacquis sollte Mitte 2003 an der Grenze zu Kaliningrad die Visumpflicht eingeführt werden. Die russische Forderung nach Transitkorridoren zwischen Russland und Kaliningrad führte im Sommer 2002 zu einer diplomatischen Pattstellung. Erst das Abkommen zwischen der EU und der Russischen Föderation vom 11. November brachte eine konstruktive Lösung: Für Transit zwischen Russland und seiner Exklave wird ab dem 1. Juli 2003 ein vereinfachtes Visumregime (mit Dauer- und Gratisvisa, neuen Konsulaten usw.) gelten, das trotzdem die Schengenbestimmungen nicht unterwandert. Die technische Umsetzung der Visumregelung wurde im Frühjahr 2003 zwischen Vilnius und Moskau ausgehandelt, wobei von russischer Seite neue sensible Fragen aufgeworfen wurden, wie ein Militärtransit nach Kaliningrad. Litauen ist der größte Auslandsinvestor in Kaliningrad und Zweidrittel des litauischen Stromexports fließt nach Kaliningrad.

Anmerkungen

1 Europäische Zeitung (Jan./Feb. 2003), S. 13.

2 Lithuania News (21.04.2003).

3 Umfrage Vilnius, Newsfile Lithuania 738 (2002).